

Standpunkt „Wohnen ist Leben“

Ein Interview mit dem INSEL-Vorsitzenden Albert Vogel in der Zeitschrift „Das Band“ 4/2006 des Bundesverbands für körper- und mehrfachbehinderte Menschen

Redaktion: In der englischen Sprache gibt es für „Wohnen“ kein eigenes Wort. „Living“ meint „Leben und Wohnen“. Was bedeutet für Sie „Wohnen“?

A. Vogel: Was ist Normalität?

Ich wähle mir meinen Wohnort nach meinen Wünschen und Möglichkeiten selbst und entwickle meine Lebensbezüge in der Gemeinschaft der Mitbürger. Wohnen ist Leben und selbstgewähltes Wohnen ist Voraussetzung für selbstbestimmtes Leben als Bürger unter Mitbürgern.

Diese Normalität ist eine Perspektive des Menschenrechtes und Auftrag im Sozialgesetz: „Menschen mit Behinderung ist die Teilhabe an der Gemeinschaft zu ermöglichen...“. Sie gilt für alle Menschen unabhängig von ihrer persönlichen Eigenart.

Redaktion: Haben Menschen mit Behinderung und ihre Eltern jeweils unterschiedliche Vorstellungen vom „Living“? Wenn ja, sind diese Unterschiede groß?

A. Vogel: Auch diese Frage möchte ich auf dem Hintergrund der Normalität beantworten:

Es ist normal, dass sich die Sichtweise von Eltern über die Lebensform ihrer Kinder unterschiedlich von den Vorstellungen der Kinder entwickelt. Eltern fördern aber ihre Kinder in der Entwicklung ihrer Selbständigkeit und sind stolz darauf, diese als eigenverantwortliche Menschen aufwachsen zu sehen. Zu gegebener Zeit fordern Kinder ihr Recht auf Selbstbestimmung ein, lösen sich von den Eltern und nehmen ihr Leben selbst in die Hand.

Diese Normalität gilt für Menschen mit Behinderung und deren Eltern in gleicher Weise, wenn sich auch der Prozess aus vielerlei und bekannten Gründen oft ungleich schwieriger gestaltet. Insbesondere ist es für Menschen mit Behinderung oft sehr viel schwerer, sich vom Elternhaus nach ihren Vorstellungen zu lösen. Eltern wollen verständlicherweise Sicherheit für ihre Kinder, manchmal auch zum Preis eines abhängigen Lebens zu Hause oder im Heim, Kinder wollen sich emanzipieren und selbstbestimmt leben – vor allem wollen sie nicht ins Heim. Wie auch die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen zeigen, sind die Unterschiede in den Vorstellungen beider Parteien oft sehr groß und zwar unabhängig von der Schwere einer Behinderung.

Ich sage dies sachlich und nicht wertend, denn gerade im Bewusstsein der oben beschriebenen besonderen Situation möchte ich mich als Nichtbetroffener hüten, das Verhalten der einen oder anderen Partei zu bewerten. Ich bin aber überzeugt, dass auch Eltern zunehmend Heime als Zukunft für ihre Kinder ablehnen und andere Wohnformen bevorzugen. Menschen mit Behinderung werden ein größeres Angebot von alternativen Wohn- und Lebensformen einfordern und mit einer besseren Information darüber auch nützen.

Hier ist sicherlich noch viel Entwicklungsarbeit notwendig und dabei haben die Schulen eine wichtige Aufgabe. Sie müssen sich über das Feld der arbeitsvorbereitenden Förderung hinaus noch viel stärker der Vorbereitung auf „Wohnen und Leben“ widmen und zwar für Schüler gemeinsam mit ihren Eltern.

Redaktion: „Ambulant vor stationär“ ist die Zauberformel, mit der die zu erwartenden Kostensteigerungen in der Eingliederungshilfe aufgefangen werden sollen. Bleiben da nicht Menschen mit einem hohen Hilfe- und Assistenzbedarf auf der Strecke?

A. Vogel: Mit Verlaub, bei dieser Argumentation packt mich die Wut und ich will auch gerne erläutern warum:

Bei einer Tagung habe ich erlebt, wie sechs Heimbewohnerinnen und Heimbewohner über ihre Vorbereitung auf ein ambulantes Wohnen berichteten. Dabei sagte eine junge Frau: "Weil ich zuviel koste, muss ich im Heim bleiben". Sind wir uns der Brutalität dieser Aussage eigentlich bewusst? Bis 500 Euro im Monat darfst du in die Freiheit, wenn du mehr kostest bleibst du eingesperrt! Es geht um die Würde eines Menschen (die wir so gerne als unteilbar bezeichnen!) und die Menschenwürde ist ein Grundwert und keine Frage von Euro und Cent. Damit wäre diese Frage für mich eigentlich beantwortet, aber Kosten sind Realität, und dieser will ich mich nicht entziehen:

Ich kenne die Körperbehindertenheime und die Geistigbehindertenheime in unserem Landkreis. Die Mehrzahl der dortigen Heimbewohnerinnen und Heimbewohner haben einen eher geringen Hilfebedarf, auf jeden Fall könnten sie mit fachlicher Hilfe zum Beispiel im Ambulant Betreuten Wohnen leben – mit weit geringeren Kosten. Nach meinen Erfahrungen können auch Menschen mit hohem Hilfebedarf diese Wohnform nützen – zugegeben mit höheren Kosten. Da ihre Zahl aber bei Weitem geringer ist, entstehen den Kostenträgern insgesamt weniger Kosten als bei der derzeitigen Heimunterbringung. Dieselbe Situation sehe ich auch in Heimen außerhalb unseres Landkreises und ich gehe davon aus, dass es sich auch bundesweit nicht anders verhält.

Vor 15 Jahren wurden in Norwegen alle Heime für Menschen mit geistiger Behinderung per Gesetz aufgelöst. In der Lebenshilfe-Zeitung 1/2006 wird aus eigenem Augenschein berichtet, dass es solche Heime tatsächlich nicht mehr gibt. Norwegische Fachleute bestätigen, dass die Gewinner dieser Reform Menschen mit hohem Hilfebedarf sind, weil sie eine fachlich wesentlich qualifiziertere Begleitung erfahren und dass die Kosten im Ganzen betrachtet nicht gestiegen sind.

Redaktion: **Sollte die Trennung zwischen dem ambulanten und dem stationären Wohnen überwunden werden? Was müsste dafür geschehen?**

A. Vogel: Die Kennzeichnung des ambulanten Wohnens ist ja nur als Abgrenzung zum stationären Wohnen entstanden. Wenn das stationäre Wohnen der Vergangenheit angehört, wird es nur noch normales Wohnen geben – mit Assistenz nach Bedarf.

Redaktion: **Alle fordern ein differenziertes Wohnangebot in dem behinderte Menschen ihren Platz zum Leben finden, den sie wünschen und den sie benötigen. Was fehlt am heute vorhandenen Angebot und auf was könnte in Zukunft verzichtet werden?**

A. Vogel: Die Alternative ist das gemeindeintegrierte Wohnen als Bürger unter Mitbürgern. Dies ist im Einzel-, Paar- und Gemeinschaftswohnen überall möglich und es lässt sich mit entsprechender personeller und sächlicher Vernetzung auch kostengünstig einrichten. Sicherlich sind noch mehr Ideen und Varianten für ein differenziertes Wohnangebot möglich und dabei sollten unbedingt die Betroffenen selbst ihre Phantasie einbringen. Auf jeden Fall muss und kann das bisherige Angebot erheblich ausgeweitet werden. Heime müssen sich künftig gemeindeintegriert als normales Wohnen mit Betreuung oder Assistenz umgestalten und öffnen. Andernfalls wird man auf sie verzichten können.